



AKTIONEN UND KAMPAGNEN SIND GEFRAGT

Patriotenfront gegen neuen Herbst 2015!

Von WOLFGANG HÜBNER | Alle Deutschen sind potentiell gefährdet von dem Virus, der um die Welt geht. Das ist die eine Tatsache unserer gegenwärtigen Situation. Die andere Tatsache: Deutschland als Nation und Volk ist massiv gefährdet durch die Vorgänge an den Grenzen von Griechenland und Bulgarien. Denn dank seiner verhängnisvollen Kanzlerin und Bundesregierung steht Deutschland in akuter Gefahr, erneut Zielgebiet einer gewaltigen Invasion von Sozialasylanten und Kriegsflüchtlingen aus aller Welt zu werden. Wenn das nicht verhindert werden kann, sind alle Voraussetzungen für einen künftigen Bürgerkrieg in Deutschland geschaffen, der von der angestammten Bevölkerung nicht mehr erfolgreich beendet werden kann.

Gegen diese Entwicklung gibt es derzeit in Deutschland keinen wirksamen politischen und gesellschaftlichen Widerstand. Nicht von einer Kanzlerin, die sich feig-willig in die Hände des türkischen Erpressers begeben hat, weil sie angeblich „unschöne Bilder“ an den eigenen Grenzen scheut; nicht von einem Außenminister, der Solidaritätsadressen an den Erpresser und Angriffskrieger Erdogan richtet; nicht von einer Bundesregierung, die vor Angst gelähmt ist, der Coronavirus

könnte schon bald ihre völlige Unfähigkeit und Unwillen zur Verteidigung nationaler Interessen bloßstellen; nicht von linksgrünen Gesinnungsmedien, die sich ebenso im „Antifa“-Delirium befinden wie die konformistischen Eliten in Wirtschaft, Kultur, Institutionen und Amtskirchen.

Wirksamer Widerstand ist auch nicht von der Partei zu erhoffen, die sich Alternative für Deutschland nennt, aber diesem Anspruch gerade in dieser höchst krisenhaften Situation nicht gerecht wird. Das liegt nicht an vielen tapferen Mitgliedern und Sympathisanten dieser Partei, sondern an ihrer Führung, die offenbar der wüst-hysterischen Diffamierungskampagne des Machtkomplexes mit beschwichtigendem Abducken statt einer notwendigen Gegenoffensive begegnen will. Wie unterschiedlich auch immer die Lage der AfD beurteilt werden dürfte: Diese Partei ist aktuell nicht fähig, ein starkes Hindernis für eine Wiederholung der Invasion von 2015 zu sein bzw. kurzfristig zu werden.

Es ist deshalb notwendig, dass sich alle patriotisch-demokratischen Kräfte in Deutschland partei- und organisationsübergreifend zu Aktionen und Kampagnen gegen die drohende erneute Invasionsgefahr verständigen. Das sollte mit einem weitgehend konsensfähigen Aufruf zur Verteidigung des deutschen National- und Sozialstaats beginnen. Dieser Aufruf muss so formuliert sein, dass er von hunderttausenden, ja Millionen Menschen in Deutschland unterstützt und unterschrieben werden kann. Diesem ersten Schritt müssen weitere folgen, zum Beispiel ein Organisations- und Koordinierungskreis für Aktionen und Kampagnen.

Die neue Invasion kann jetzt weder durch folgenlose politische Reden oder Kommentaren noch mit Resignation und Zynismus verhindert werden. Es ist leider wahr, wie lethargisch, wie geradezu selbstmörderisch immer noch große Teile der Deutschen auf die Gefahr der neuen Invasion reagieren. Das darf aber all jene nicht entmutigen, die auf keinen Fall bereit sind, sehenden Auges sich selbst und ihre Familien der Zerstörung

des Sozialstaates und einer kommenden aussichtslosen Bürgerkriegssituation auszuliefern. Denn genau das wird die Folge sein, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Die Diskussion ist eröffnet: Was ist zu tun? Und wer tut was?



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

*PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di*

es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an

ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. Der
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si

tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma

nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
.
De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se



Türkei hält syrische Flüchtlinge nicht mehr zurück – nun droht der Tsunami

Von EUGEN PRINZ | Die Ereignisse im Nordwesten Syriens, im Grenzgebiet zur Türkei, überschlagen sich. In Idlib und den benachbarten Provinzen kämpfen Assads Truppen mit russischer Unterstützung gegen dschihadistische Milizen, um deren letzte

Hochburg im Land wieder unter syrische Kontrolle zu bringen.

Was die Lage so brisant macht, ist die Tatsache, dass die Türkei auf Seiten der Gegner Assads steht und aktiv im Konflikt mitmischet. Durch einen Luftschlag russischer Kampffjets sind nun offenbar bis zu 50 türkische Soldaten ums Leben gekommen. Offizielle Stellen in der Türkei machen das „Assad-Regime“ dafür verantwortlich und sprechen von 29 getöteten Soldaten.

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan traf am Donnerstagabend mit Regierungsmitgliedern und Militärvertretern zu einer Krisensitzung zur Lage in Idlib zusammen. Seit dem Abend sind angeblich die sozialen Medien in der Türkei nicht mehr zugänglich.

Heute offizielle Kriegserklärung der Türkei an Syrien?

Einem Tweet der NGO „Cyrian Civil War Map“ zufolge wird das türkische Parlament heute im Laufe des Tages Syrien offiziell den Krieg erklären. Die NGO beruft sich dabei auf Quellen in der Türkei, räumt aber ein, dass es sich um unbestätigte Berichte handelt.



Syrian Civil War Map
@CivilWarMap

The Turkish Parliament will officially issue a declaration of war on Syria tomorrow according to several Turkish sources

SyrianCivilWarMap.com



Da die Türkei Mitglied der Nato ist, könnte Erdogan die Feststellung des Bündnisfalls fordern und auf die Unterstützung der anderen Nato-Mitglieder bestehen. Die Tatsache, dass Russland ebenfalls in den Konflikt verwickelt ist, macht die Lage noch gefährlicher.

Erdogan fordert bis zum Monatsende einen Rückzug der syrischen Truppen hinter türkische Militärposten in der Region.

Hochrangiger Insider: Türkei wird Flüchtlinge nicht länger zurückhalten

Inzwischen meldet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf einen hochrangigen Insider, dass die Türkei syrische Flüchtlinge nicht länger von der Flucht über Land oder See nach Europa abhalten wird. Die türkische Polizei, Küstenwache und Grenzschützer seien angewiesen worden, sich zurückzuhalten. Die Türkei beherbergt gegenwärtig etwa 3,7 Millionen syrische Flüchtlinge, von denen viele eigentlich nach Europa wollen.

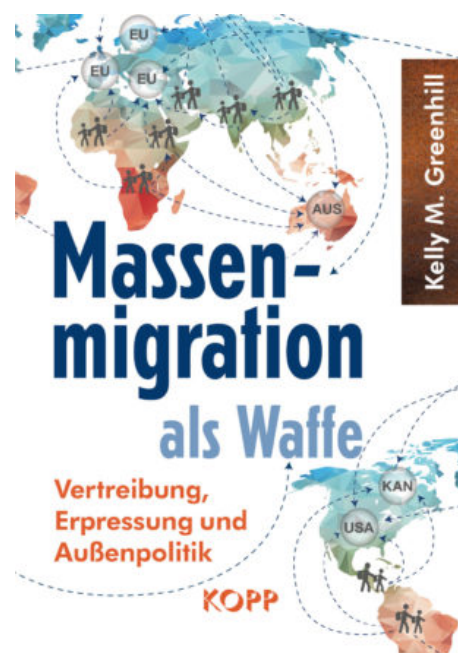
AKP-Sprecher Ömer Celik erklärte bei CNN Türk:

„Die Türkei kann dem Druck nicht mehr Stand halten. Sowohl aus der Türkei als auch aus Syrien gibt es den Drang der Flüchtlinge, nach Europa zu gelangen. Wir sind nicht mehr in der Lage, die Flüchtlinge zurückzuhalten.“

Kommentar:

Der Sultan vom Bosphorus hat vielleicht Nerven: Er rückt mit seinen Truppen in ein souveränes Nachbarland ein und reagiert empört, wenn sich dieses zur Wehr setzt. Kein Wunder, dass so viele Menschen angesichts der Sympathiewerte für Erdogan Vorbehalte haben, was das gedeihliche Miteinander zwischen Deutschen und Türken in unserem Land betrifft.

Die massive Eskalation im türkisch-syrischen Grenzgebiet könnte schon sehr bald dazu führen, dass sich die Europäische Union entscheiden muss, welchen Kurs sie in Zukunft in der Flüchtlingspolitik einschlägt. Ein massenhafter Flüchtlings-Zustrom aus der Türkei würde Griechenland und – je nach Route – andere betroffene Länder, in erhebliche Schwierigkeiten bringen. Dem könnte man nur begegnen, in dem man mit massiven Kräften die Außengrenze der EU schützt und dabei auch „hässliche Szenen“ in Kauf nimmt. Ohnehin lässt Erdogan schon seit geraumer Zeit vermehrt syrische Flüchtlinge über die Grenze nach Griechenland, was in den Flüchtlingslagern der griechischen Inseln inzwischen zu chaotischen Zuständen geführt hat.



Wenn Erdogan nun „richtig aufmacht“, dann gute Nacht!

Vielleicht ist diese Entwicklung aber ganz gut so, denn sie wird die Zuwanderungsproblematik endlich wieder in den Focus der Aufmerksamkeit der Bürger rücken, wo sie hingehört und die

EU zum Handeln zwingen.

Ansonsten heißt es beten, dass uns Erdogan in seinem Größenwahn nicht in einen Krieg mit Russland hineinzieht, beziehungsweise unsere Eliten nicht dumm genug sind, sich in einen solchen hineinziehen zu lassen.



Eugen Prinz
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» [Spende an den Autor](#) | » [Twitter Account des Autors](#).



Ausländer im Staatsdienst verkaufen Aufenthaltstitel

Von MANFRED ROUHS | Die deutsche Verwaltung ist unterwandert, vielfach. Zum einen von Beamten unterschiedlicher Herkunft, denen längst alles egal ist. Sie haben innerlich gekündigt und warten auf die Pension – oder auf die nächste politische Wende. Zum anderen von multikulturellen Kriminellen, die schlicht alles mitnehmen, was ihnen auf dem Silbertablett angeboten wird: Zum Beispiel formal legale Aufenthaltstitel, die auf dem Schwarzmarkt einen hohen Preis erzielen.

In Berlin wurde jetzt eine 36-jährige bosnische Mitarbeiterin des Bürgeramtes verhaftet, die neben der Staatsbürgerschaft von Bosnien-Herzegowina auch einen deutschen Pass besitzt. Ihr wird vorgeworfen, Aufenthaltstitel für 5000 Euro pro Stück verkauft zu haben. In ihrer Wohnung fand die Polizei 28.000 Euro Bargeld. Inhaftiert wurde auch ein 43-jähriger Pakistaner, der im Verdacht steht, Kopf jener Bande zu sein, die mit den Aufenthaltstiteln gehandelt hat.

In einer Pressemitteilung der Polizei heißt es, die Beschuldigten werden verdächtigt, in mindestens sieben Fällen „gemeinschaftlich und arbeitsteilig im Auftrag ausländischer ‚Kunden‘, Reisepässe manipuliert und so organisiert zu haben, dass zuvor gestohlene Blanko-Aufenthaltstitel durch die beschuldigte Mitarbeiterin des Bürgeramtes mit scheinlegalen Niederlassungserlaubnissen versehen werden konnten“.

Die hier in Rede stehenden Aufenthaltstitel erlauben dem Inhaber den zeitlich unbefristeten Aufenthalt in Deutschland. Sie sind der erste Schritt in Richtung Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, die ihr Inhaber nach einigen Jahren beantragen kann.

Nach einem Bericht der „Welt“ sind allein der Berliner

Verwaltung bislang rund 20.000 Blanko-Aufenthaltstitel abhandeln gekommen.

Eher widerwillig hatte der Berliner Senat im Juli 2019 auf eine Anfrage der AfD-Fraktion hin den Verlust der Dokumente eingeräumt und dabei mitgeteilt, von den seit 2017 verschwundenen Papieren seien in den letzten Jahren 1500 Exemplare von der Polizei sichergestellt worden. „Weitere 330 Dokumente wurden bislang bei (versuchten) illegalen Einreisen und bei sonstigen missbräuchlichen Nutzungen im Bundesgebiet festgestellt“, heißt es in der Mitteilung des Senats.



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Er ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.



Neuer Trend in Schweden: Nach Überfall Opfer in Mund

urinieren

Von EUGEN PRINZ | In Schweden, das durch eine jahrzehntelange, völlig verfehlte Einwanderungspolitik der dort dauerhaft regierenden Sozialdemokraten inzwischen an der Schwelle zum „failed state“ angelangt ist, gibt es einen neuen Trend.

Kriminelle Migranten begnügen sich dort inzwischen nicht mehr nur damit, ihre Opfer zusammenzuschlagen und auszurauben, sondern sie demütigen sie auch noch, indem sie auf sie urinieren.

Alptraumhafte Demütigung für jungen Schweden

Ein 18-Jähriger, den die schwedischen Medien „Peter“ nennen, verließ in Stockholm an der Station Björkhagen die U-Bahn und war schon fast zuhause angelangt, als er von zwei dunkelhäutigen Migranten überfallen wurde. Mit dem Hinweis, dass sie mit einem Messer und einer Pistole bewaffnet seien, brachten sie ihn zurück zur U-Bahnstation, um von einem dort befindlichen Automaten Geld abzuheben.

Nach zwei gescheiterten Versuchen wurden die Täter wütend und zerrten Peter zu einem nahe gelegenen Friedhof, wo es so lange Schläge und Tritte hagelte, bis er am Boden lag. Dann öffnete einer der beiden Schwarzen seine Hose, holte sein Geschlechtsteil heraus, urinierte auf das Opfer und filmte den Vorgang mit seinem Mobiltelefon. Der zweite schrie den jungen Schweden an, er solle seinen Mund aufmachen. Als sich das Opfer weigerte, trat der zweite Täter mehrmals gegen dessen Hinterkopf, bis der 18-Jährige schließlich der Aufforderung nachkam. Darauf urinierte der andere Schwarze dem jungen Schweden in den Mund.

Dabei lachten die beiden Täter und riefen: „Du verfickter widerlicher Schwede, Du Sohn einer Hure“. Anschließend zwangen sie das Opfer, sich nackt auszuziehen. Auch das wurde noch gefilmt. Als es den beiden Tätern schließlich zu langweilig wurde, ließen sie von dem jungen Schweden ab und entfernten sich. Die Videoaufnahmen vom Tatvorgang luden sie einige Zeit später auf Snapchat hoch, wo sie viral gingen.



Dank der genauen Personenbeschreibung, die das Tatopfer abgeben konnte, wurden zwei 16-jährige schwarze Migranten wenige Tage nach der Tat festgenommen. Einem der beiden Verdächtigen werden drei (!) weitere Raubüberfälle zur Last gelegt.

Im sozialdemokratischen Schweden wird sie nun die volle Weichheit des Gesetzes treffen.

Kommentar:

Wie regelmäßige PI-NEWS Leser wissen, ist uns Schweden einige Jahre voraus, was die katastrophalen Auswirkungen einer verfehlten Einwanderungspolitik betrifft. Und genauso, wie die „Rape Wave“, die zuerst Schweden erfasst hatte, nun auch zu uns gekommen ist, genauso werden wir auch die anderen Auswüchse über kurz oder lang zu spüren bekommen. Das ist nur eine Frage der Zeit und der Fortsetzung der linksgrünen Einwanderungspolitik. Es ist erschreckend, was dieser neue Trend in Schweden offenbart: Die tiefe Verachtung krimineller Migranten für die einheimische Bevölkerung und der Sadismus, der hier ausgelebt wird. Ist das der Dank an das Land, das sie aufgenommen hat? Das sie mit großzügigen Sozialleistungen unterstützt?

Es zeigt aber auch, wie schutzlos die verweichlichte jüngere

Generation den Raubtieren unter den Zugewanderten ausgeliefert ist. Jahrzehnte feministisch geprägter Sozialdemokratie haben aus den kampferprobten Nordmännern Luschen gemacht. Die Knaben „genderneutral“ zu erziehen, sie mit Stofftier-Einhörnern und Barbie-Puppen spielen zu lassen, statt mit Spielzeugpistolen und Holzschwertern, verträgt sich eben nicht mit einer solchen Einwanderungspolitik. Auch die jungen Männer Deutschlands, denen der Wehrdienst erspart blieb, eignen sich inzwischen hervorragend dafür, von kriminellen Migrant*innen, die nur Verachtung für ihr Gastland und dessen Menschen übrig haben, zusammengeschlagen und angepinkelt zu werden. Die Voraussetzungen liegen vor. Warten wir ab, wie lange es noch dauert...



Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» [Twitter Account des Autors](#).



Abschiebung nur auf Wunsch

Von MANFRED ROUHS | In Schwerin kam es kürzlich zu einer skurrilen Begegnung: Polizisten fragten einen Iraker, ob er abgeschoben werden wolle. Der Mann sagte „Nein“. Daraufhin gingen die Polizisten wieder. Das war kein Einzelfall.

Der Iraker hatte zunächst in einem anderen EU-Land Asyl beantragt, war dort abgelehnt worden und sodann nach Deutschland eingereist. Danach verblieben den deutschen Behörden sechs Monate, um ihn abzuschieben. Der Polizeibesuch erfolgte noch innerhalb dieser Frist, die kurz danach ablief. Jetzt bleibt er hier.

Ein Journalist der „Welt“ fragte beim zuständigen Innenministerium in Schwerin nach, warum die Polizisten den Mann nicht einfach mitgenommen, sondern die Abschiebung von seiner Zustimmung abhängig gemacht haben. Die Behörde teilte mit, im Falle des Irakers habe eine „Rückführung ohne Sicherheitsbegleitung auf dem Luftweg durchgeführt werden“ sollen. Die sei mit dessen Zustimmung voraussichtlich reibungslos möglich gewesen – aber offenbar nicht gegen den Willen des Mannes. Offenbar scheiterte die Abschiebung am Personal: Wäre seine Begleitung auf dem Flug möglich gewesen, dann hätte die Polizei nicht seine Zustimmung einholen müssen.

Im Deutschland unserer Zeit fragt dann demnächst wahrscheinlich die Polizei den auf frischer Tat ertapten Einbrecher: „Dürfen wir Sie mitnehmen? Oder wollen Sie sich in der Wohnung noch ein wenig umsehen?“

Es bleibt dabei: Deutschland, ein einziges Irrenhaus!



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Er ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.



Afrikaner ziehen fordernd durch Schweinfurt

Am Donnerstagvormittag zogen rund 100 Bewohner des Ankerzentrums Geldersheim lautstark fordernd durch die Schweinfurter Innenstadt. Die zum Großteil aus Somalia kommenden Teilnehmer des Schreizuges sind mit den Bedingungen, die Deutschland ihnen bisher bot, unzufrieden.

Es haben zwar, wie im Video zu sehen ist, alle neue, saubere und warme Kleidung an, unterernährt scheinen sie auch nicht zu sein, aber Rundumversorgung auf Steuerzahlerkosten reicht den afrikanischen Eindringlingen natürlich noch lange nicht.

Sie fordern, zum Teil faustschwingend, „eine Zukunft“ von uns – und zwar hier und jetzt. Die meisten sind offenkundig nicht einmal in der Lage ihre Forderungen zu artikulieren und so besteht der Grundton dieses Aufmarsches hauptsächlich aus den zwei Worten: „Wir wollen!“ Zu sehen sind fast nur junge Männer

im besten Soldatenalter, was wenn man loszieht, um ein Land zu besetzen ja durchaus Sinn macht. Dazwischen ein paar Frauen, diese selbstverständlich mit islamischem Unterwerfungstextil auf dem Kopf.

Im Normalfall, an Orten wo die Bewohner noch alle Sinne beisammen haben, sollte ein derartiger Krawallaufzug, zumindest bei den direkt betroffenen Anwohnern, Unwohlsein oder Wut auslösen. Bei einigen Schweinfurtern ist das wohl auch so. Alle anderen sind aber als bunte Toleranztruppe organisiert und sicher schon am planen und überlegen, wie man den armen „Geflüchteten“ ihre Wünsche doch schnellstmöglich erfüllen kann.



Bundespolizeichef: „Außengrenzen sind aktuell nicht sicher“

Der Chef der Bundespolizei, Dieter Romann, hat der Kanzlerin drastische Wahrheiten ins Asyl- und Migrations-Stammbuch geschrieben, dass ihr noch lange die Ohren klingeln werden. Beim Europäischen Polizeikongress in Berlin rechnete der Hardliner mit dem europäischen Versagen im Allgemeinen und dem deutschen im Besonderen ab: „Ich muss feststellen, dass die Außengrenzen aktuell nicht sicher sind“, sagte er laut WeLT

in Bezug auf systemische Fehler in Europa.

Und hier hat Europa und Deutschland nach Ansicht Romanns versagt:

- Im achten Jahr in Folge ist die Bundesrepublik das Hauptziel für unerlaubte Einreisen. Das liege an Fehlern im System.
- 2019 gab es insgesamt 139.400 „illegale Außengrenzübertritte“.
- Deutschland verzeichnet fast jährlich mehr Asylanträge als „die EU oder Schengen illegale Grenzübertritte“. Die Schutzquote der Antragsteller liegt aber nur bei etwa 30 Prozent.
- Dublin funktioniert weiterhin nicht: Im Jahr 2018 hatte Deutschland 184.000 Asylanträge, aber nur 9.200 Dublin-Überstellungen in andere Mitgliedstaaten.

Der Bundespolizeichef fordert „die Einführung verpflichtender Grenz- oder Transitverfahren in den Außengrenzstaaten“. Ziel müsste es sein, „unbegründete Asylanträge sofort abzulehnen“.

Romann kritisiert auch das lange Gezerre um den Clan-Chef Miri. Der ausreisepflichtige Mann sei 20 Jahre lang nicht ausgeschafft worden und habe nach der ersten Abschiebung Ende 2019 wieder nach Deutschland einreisen gekonnt – trotz Einreisesperre im gesamten Schengenraum. Das habe das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat beschädigt.

Man kann die Uhr danach stellen: die Kanzlerin wird es Romann heimzahlen (lassen), aber nichts zum Besseren verändern. Viele Bürger hoffen, dass Merkel irgendwann zur Rechenschaft gezogen wird. (RB)



Aufstand auf Lesbos: Pistorius will Krawall-MUFL aufnehmen

Von L.S.GABRIEL | Am Montag kam es erneut zu gewalttätigen „Protesten“ auf der griechischen Insel Lesbos. Etwa 2000 Illegale verließen u.a. das Registrierungslager Moria, um die Inselhauptstadt Mytilini zu ziehen. Sie forderten, dass man sie sofort aufs griechische Festland und von dort weiter in andere EU-Staaten bringe.

Wie wir es aus vielen Videos der letzten Jahre kennen, wurden auch hier zum Teil sehr medienwirksam, kleine Kinder von hysterisch kreischenden und bollywoodmäßig in Ohnmacht fallenden Frauen in die Kameras gehalten.

Der griechische Staatssender ERT und die Nachrichtenagentur Reuters berichten, dass die Polizei Tränengas einsetzte, um den teils gewaltaffinen Mob aus Moria und dem Lager Kara Tepe auseinanderzutreiben.

Einige flüchteten über einen Hang, um nach Mytilini zu gelangen, wo eine Gruppe sich offenbar für eine längere Belagerung einrichten wollte und versucht haben soll Zelte aufzubauen.

Beim Großteil der Aufrührer und Forderer handelt es sich offensichtlich um angebliche MUFL (minderjährige unbegleitete

Flüchtlinge).

Genau diese Klientel ist es, die Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) so schnell wie möglich „noch in diesem Winter“ nach Deutschland holen möchte. Pistorius zeigt sich verständnisvoll gegenüber den Eindringlingen, die mit Gewalt durchsetzen wollen, dass man ihnen in der EU, vorzugsweise vermutlich in Deutschland, die soziale Hängematte zur Verfügung stellt. Es sei zu erwarten gewesen, dass diese Personen ihrer „Frustration Luft machen“. Ihm sei daran gelegen „eine humanitäre Katastrophe inmitten der EU wenigstens abzumildern“, sagt Pistorius.

Dass sich die diesen Wahnsinn mit ihren Steuergeldern zu finanzieren gezwungenen Bürger der EU vielleicht auch irgendwann einmal mit Gewalt „Luft machen“ könnten und es dann inmitten der EU zu kriegsähnlichen Situationen – die auch eine Katastrophe mit sich bringen würden – käme, daran denkt er offenbar nicht. Auf den von Eindringlingen besetzten griechischen Inseln Kos, Lesbos, Samos, Leros und Chios gingen schon Tausende Menschen auf die Straße, um dafür zu kämpfen ihre Heimat zurückzubekommen.

Der Türkei-Deal – eine Farce

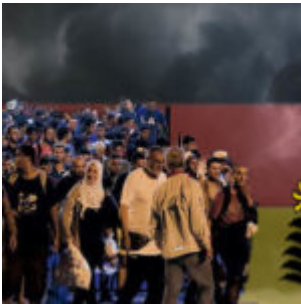
Im Grunde dürfte kein einziger Illegaler von der Türkei aus an den griechischen Inseln anlanden. Der Deal mit Erdogan verlangt, dass die Türkei dafür sorgt und jene, die es dennoch bis nach Griechenland schaffen zurückgebracht werden.

Die griechische Regierung hat Anfang des Jahres das Asylverfahren verschärft. Dennoch werden im Verhältnis viel weniger Personen zurück in die Türkei geschafft, als von dort auf die Inseln kommen. Regierungschef Adonis Georgiadis teilte kürzlich mit: „Wir schicken etwa 30 Migranten pro Tag zurück.“

Lächerlich, denn derzeit kommen immer noch täglich Hunderte Versorgungssuchende, die Erdogan in der Türkei auch nicht haben will und mit denen er den Druck auf die EU ausübt, nach

Griechenland. Es ist ein Fass ohne Boden und nicht im Sinne Deutschlands arbeitende Politiker, wie Boris Pistorius sorgen dafür, dass immer mehr nachströmen, in dem Glauben, dass hier auf sie ein bequemes Leben wartet. Die „armen Kinder“, die Pistorius aufnehmen will, werden im Rahmen des Familiennachzugs zu ganzen Ballastsippschaften, die unser Sozialsystem aushöhlen.

Wer wird Verständnis haben, wenn die Menschen hier ihrer Frustration einmal „Luft machen“ werden?



Die Luft wird dünn für Deutschland – eine kritische Bestandsaufnahme

Von EUGEN PRINZ | Es ist der 29. Januar 2020, 20.15 Uhr. An der Haltestelle in der Nähe eines Regensburger Einkaufszentrums steigt eine größere Gruppe Asiaten in den überfüllten Bus der Linie 12. Beinahe fluchtartig versuchen jene Fahrgäste, die keinen Sitzplatz haben, möglichst viel Abstand zwischen sich und den Neuankömmlingen zu bringen.

Das Gesicht eines Mannes auf einem Sitzplatz in der unmittelbarer Nähe der Asiaten wird puterrot, weil er – verängstigt vom Coronavirus – versucht, möglichst wenig und möglichst flach zu atmen.

Episode II:

Zwei Tage später, um 15.39 Uhr, im eingangs erwähnten Einkaufszentrum: In den nächsten 17 Minuten gehen nacheinander fünf deutsche Rentner zu dem neben einer Sitzbank angebrachten Abfalleimer und durchsuchen ihn erfolglos nach Pfandflaschen.

Episode III:

Etwa zur selben Zeit in einem Drogeriemarkt des besagten Einkaufszentrums: Einer 18-jährigen Aushilfskraft – indigene Deutsche mit Realschulabschluss – wird aufgetragen, bereits reduzierte Ware nochmal um 50% herunterzuzeichnen. Es handelt sich ausnahmslos um glatte Beträge bis 50 Euro, also beispielsweise 14 Euro, 23 Euro, oder 46 Euro. Die junge Frau verwendet einen Taschenrechner, weil sie nicht in der Lage ist, 50% eines glatten zweistelligen Betrages im Kopf auszurechnen. Von den fassungslosen älteren Kolleginnen darauf angesprochen, zeigt sie sich verwundert über deren Entsetzen.

Die geschilderten Begebenheiten haben sich alle so zugetragen, wie beschrieben. Sie sind nur drei Facetten der düsteren Lebenswirklichkeit unseres Landes: Eine von den Medien manipulierte Bevölkerung, Altersarmut und gravierende Mängel in der schulischen Bildung der Jugend unseres Landes.

Deutschland rast mit 200 Sachen auf die Betonwand zu

In den letzten zehn, fünfzehn Jahren wurden von jenen, die eigentlich einen Eid geleistet haben, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, eine ganze Reihe von einschneidenden Fehlentscheidungen mit katastrophalen Auswirkungen getroffen.

Auf Kosten und zu Lasten der deutschen Steuerzahler und Sparer, die nun geradewegs in die Altersarmut taumeln, wurden wir zum Retter Griechenlands, des Euros und der Banken.

Ein durch einen Tsunami ausgelöstes Reaktorunglück im fernen Fukushima, bei dem nicht ein einziger Strahlentoter zu

beklagen war, beendete die Versorgungssicherheit mit elektrischem Strom und treibt seither die Energiepreise von Jahr zu Jahr auf neue Rekordhöhen. Die „Energiewende“ ist zum Alptraum der Bürger geworden.

Das wohl gravierendste Ereignis zum Schaden unseren Landes ist die anfangs völlig unkontrollierte und nun staatlich organisierte Masseneinwanderung von kulturfremden Menschen aus den gewaltaffinen Krisenregionen des Erdballs.

Jene, die geglaubt hatten, nun könne es nicht mehr schlimmer kommen, mussten zur Kenntnis nehmen, dass mit der scheinbar wie aus dem Nichts plötzlich um sich greifenden Klimahysterie und den daraus resultierenden Umwälzungen der nächste Tiefschlag in die geschundenen Eingeweide Deutschlands geführt wird.

Von den Medien und der Regierung nach besten Kräften gefördert, verdrängt die Phantomdiskussion um das Klima alle tatsächlichen Probleme aus dem Bewußtsein der Schlafmichel und sorgt zur Freude der Regierungsparteien für weiteren Spielraum bei der Fortsetzung der Politik gegen das eigene Volk.

„Wann immer eine große Geschichte in den Medien ist, suche die Geschichte, von der sich Dich ablenken wollen!“

(Autor unbekannt)

Der „Point of no Return“ ist bald überschritten

Während die Augen der Schlafmichel gebannt auf das Thermometer gerichtet sind, wird mit Negativzinsen ihr Sparkonto abgeschmolzen, ihr Sozialsystem zerstört, ihre Mobilität eingeschränkt und auf den Wegfall des Bargelds hingewirkt, damit sie der Ausbeutung nicht mehr entfliehen können und sich noch bessere Überwachungsmöglichkeiten ergeben. Es werden weiterhin jedes Jahr Schulabgänger mit viel linker Ideologie, aber wenig Wissen in einen Arbeitsmarkt strömen, der jedoch

für die leistungsunwilligen und -unfähigen Opfer eines ideologisch dominierten, verfehlten Bildungswesens keine Verwendung hat, obwohl er nach qualifiziertem Personal lechzt.

Völlig geräuschlos und der bewussten Wahrnehmung der Schlafmichel entzogen, kommen weiterhin Jahr für Jahr über mannigfaltige Kanäle, Zuwanderer in der Anzahl einer Großstadt ins Land. Viele davon reihen sich ohne Umweg in das Heer der Kostgänger unseres Sozialsystems ein, während auf den Straßen die Rentner Abfalleimer nach Pfandflasche absuchen, um angesichts explodierender Kosten für Miete, Strom und womöglich bald auch Lebensmittel überleben zu können.

Dass die Zuwanderer auch überproportional häufig Eingang in die Kriminalstatistik finden, besonders bei Sexual- und Gewaltdelikten, soll nicht unerwähnt bleiben.

Jede einzelne dieser katastrophalen Fehlentwicklungen wäre in anderen Ländern mehr als Grund genug, die halbe Bevölkerung auf die Straße zu treiben. Nicht so in Deutschland.

Der deutsche Michel schläft, bis es zu spät ist

Bereits seit einigen Jahren ist klar, dass allenfalls nach einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen der indigenen Bevölkerung – sei es durch einen tagelangen, Republik umspannenden Blackout oder durch eine neue Finanz- oder Wirtschaftskrise – eine adäquate Reaktion der Bevölkerung an der Wahlurne oder auf der Straße zu erwarten ist.

Daher ist die Zeit zum Todfeind jenes souveränen Deutschlands geworden, dessen Symbol einmal die Deutsche Mark war, jenes geliebte konservative Deutschland, in dem wir wirklich gerne und gut gelebt haben. Mit jedem Tag, der vergeht und an dem der gegenwärtige Status Quo aufrecht erhalten bleibt, verliert dieses Land ein weiteres Stück seiner Wettbewerbsfähigkeit, seiner Identität, seines Wohlstands, seiner Souveränität und seiner Freiheit.

Deutschlands größtes Unglück ist es, dass der Staat in diesen entscheidenden Jahren genügend Geld zur Verfügung hatte, die empfindlich spürbaren Auswirkungen dieser Umwälzungen größtenteils von der Masse der Bevölkerung fern zu halten. Das wird sich in den kommenden Jahren ändern. Doch es ist ein Wettlauf mit der Zeit, bei dem fraglich ist, ob wir ihn noch gewinnen können. Die Hoffnung, dass der Crash die Lösung bringt, hat ein Ablaufdatum. Ist dieses überschritten – und das wird in nicht allzu ferner Zukunft der Fall sein – wird er nur noch weiter zum Elend beitragen, aber kein reinigendes Gewitter mit einer Erlösung mehr bringen können.

Deshalb sollten wir jetzt unsere Anstrengungen verdoppeln und versuchen, auch jene zu erreichen, die bisher die Wahrheit nicht hören wollten, weil sie zu erschreckend oder zu unbequem ist. Es gilt, verstärkt aktive Überzeugungsarbeit zu leisten und dafür auch mal zu riskieren, in die rechte Ecke gestellt zu werden.

Und ja, auch ein Gebet für das Wohl dieses Landes schadet nicht.



Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» *Twitter Account des Autors.*



Ahoi Hochseekapitän Bedford-Strohm, ahoi!

Von WOLFGANG HÜBNER | Nun kann der Oberphrasendrescher des steuergeldmächtigen Politik- und Sozialkonzerns EKD (Evangelische Kirche Deutschlands) endlich mit eigenem Schiff auf Kaperfahrt ins Mittelmeer aufbrechen, um dort Sozialasylanten aufzufischen und ins gelobte Land der Grenzöffnerin zu transportieren. Denn das von der EKD betriebene Bündnis „United 4 Rescue“ (Vereint fürs Retten) hat am Freitag für schlappe 1,5 Millionen Euro vom Bundesland Schleswig-Holstein das ausgediente Forschungsschiff „Poseidon“ gekauft. Die Bedford-Strohm-Arche aus Habeck-Country wird sich bestens eignen, die Lieferkette für die größte EKD-Konzernabteilung Diakonie und deren Asylbranche perfekt zu machen.

Denn darum geht es den Chefs in der skandalöser Weise immer noch ungegenderten EKD-Hauptresidenz von Hannover-Herrenhausen: Sie wollen für ihren hochprofitablen Geschäftszweig Migration endlich völlig unabhängig sein beim Nachschub von Versorgungsfällen aus aller Welt. Weil nach Auffassung eines EKD-Mächtigen die Beschaffung dieses Nachschubs „eine staatliche Pflichtaufgabe“ ist, die aber „im Mittelmeer schon seit Jahren nicht wirksam wahrgenommen“ werde, seien nun „zivilgesellschaftliche Initiativen“ erforderlich. Mit anderen Worten: Wir volken um, wann und wie wir wollen!

Mit immer noch über 20 Millionen Kirchenablass zahlenden Lämmern von Flensburg (viele) bis Mittenwald (wenige) ist die EKD ein politisch wie sozial sehr bedeutsames Unternehmen, das auch unverdrossen eine schrumpfende religiöse Abteilung mit vielen schönen Gebäuden in bester Immobilienlage unterhält. Das ist insofern gar nicht hoch genug anzuerkennen, weil viele evangelische Pfarrer*innen Funktionären oder Mitgliedern der Linkspartei/DKP/MLPD/Jusos verlässlich das Gefühl geben, anlässlich der Anwesenheit bei unvermeidlichen Taufen oder Beerdigungen nicht die einzigen Kommunisten in der Kirche oder am Grab zu sein.

Da auch Herr Bedford-Strohm aus dieser Schrumpfabteilung der EKD stammt, dürfte er mit der Erlangung des Kapitänpatents für die „Poseidon“ seinem sozialistischen Lebensziel nun ganz nahe kommen, nämlich dereinst als international rühriger Bestmensch sein irdisches Dasein höchst selbstzufrieden zu beenden. Und die Einsätze der „Poseidon“ werden Millionen afrikanischen Jungmännern neue Hoffnung machen, sich in die Meeresfluten zu wagen.

Leider, aber daran ist ja nicht die EKD, sondern die AfD samt all den Salvini schuld, werden diesen Lockruf aus Hannover-Herrenhausen etliche tausende schwarze Mitbrüder nicht überleben. Doch umso schöner, wenn in Bälde Hochseekapitän Bedford-Strohm nach dem ersten erfolgreichen Sozialasylanteneinsatz triumphalen Einzug in den Hamburger Hafen mit den glücklich Geretteten halten wird und von einem hochprozentigen Willkommenstrunk von Margot Käßmann begrüßt wird.

Die Diakonie mit ihren weit über 500.000 hauptamtlichen und rund 700.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern ist zu diesem Zeitpunkt in ihrer Migrations-Branche selbstredend längst bereit, sich vor den Kameras von „Tagesschau“ und „Heute Journal“ rührend um die Rundumversorgung der menschlichen „Poseidon“-Ladung zu kümmern. Später allerdings sind alle Steuerzahler in der Pflicht, für das weitere Wohlergehen der

jungen Männer Sorge zu tragen. Schließlich geht auch jede Lieferkette der EKD einmal zu Ende.

Und Hochseekapitän Bedford-Strohm muss sich auf der „Poseidon“ dann längst mit seiner Crew und den Schiffsstudios von ARD und ZDF wieder auf den weiten Weg ins Mittelmeer machen, um an jenem jüngsten Tag, an den er allerdings so wenig glaubt wie fast sein ganzes Personal, aus tiefer Überzeugung sagen zu können: „Herr, war ich nicht ein so besonders guter, ja der allerbeste Mensch?“ Dass ihn danach dieser, wie unsereins den lieben Gott zu kennen glaubt, gleichwohl in eine besonders schlecht klimatisierte Abteilung der Hölle abkommandieren wird, ist schon wieder eine ganz andere Geschichte, die vielleicht demnächst einmal zu erzählen ist.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
sc
hr
ei
bt
se

it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la

mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. Der
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et

e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de

s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
. De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e

Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.



Viele „Fachkräfte“ in Integrationskursen sind Analphabeten

Seit Jahren wird uns, mit tatkräftiger Unterstützung der Relotius-Presse, seitens des Systems Merkel erzählt, dass es sich bei den nach Deutschland gebetenen und eingeschleusten Ballastexistenzen um „dringend benötigte Fachkräfte“ handle. Das UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR wollte uns sogar glauben machen, dass fast 90 Prozent der „geflüchteten“ angeblichen Syrer „hochgebildet“ seien. Hans-Eckhard Sommer, der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weiß nun zu berichten, dass jeder sechste Teilnehmer eines Integrationskurses gar nicht lesen und schreiben könne. „Rund 17 Prozent der Teilnehmenden unserer Integrationskurse sind Analphabeten, ganz überwiegend sind dies Geflüchtete“ und nur etwa 13 Prozent dieser Personen erreichten dann das Sprachniveau B1, so Sommer gegenüber der „Rheinischen Post“.

Sprachniveau B1 bedeutet, dass man die Hauptinhalte verstehe, so eine klare Standardsprache verwendet wird und es sich um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. handelt und man die meisten Alltagssituationen sprachlich zu bewältigen im Stande ist. 40 Prozent erreichen das niederere Niveau A2.

Da es sich bei den genannten Zahlen aber nur um jene handelt, die diese Kurse überhaupt besuchen, sind die wahren Zahlen vermutlich noch höher. Sommer sagt auch, dass man sich beim BAMF immer bewusst gewesen sei, „dass über den Fluchtweg nur wenige Fachkräfte ankommen“ würden. Dieses „Bewusstsein“ hat man dann aber entweder nicht Richtung Politik und Medien korrespondiert, oder, was sehr viel wahrscheinlicher ist, dort hat man schlicht gelogen.

Laut Sommer seien derzeit 450.000 der sogenannten Flüchtlinge

arbeitssuchend gemeldet. Was wohl im Wortgebrauch nicht ganz richtig sein dürfte, denn es darf daran gezweifelt werden, dass diese Personen alle nach Arbeit suchen.

Aber nicht nur die mangelnde Grundbildung der Eindringlinge ist ein Problem: „Nur etwa 45 Prozent der Asylsuchenden haben Ausweispapiere dabei“, beim überwiegenden Teil sei man auf die Angaben der Personen angewiesen, gibt Sommer zu. Es wird dann über Handydaten versucht die Angaben zu prüfen, wenn man denn überhaupt an die Geräte kommt. In 61 Prozent dieser Fälle müsse man sich aber auf die Angaben verlassen, weil man schlicht keine Wege hat sie zu überprüfen.

Damit bestätigt Sommer, was vielen noch selbstständig Denkenden schon lange klar war. Im Grunde weiß niemand so recht, wer die Menschen, die ungestraft in unser Land eindringen, sind und welche oft kriminelle Vorgeschichte sie haben. Dennoch wird das Märchen von den „gut gebildeten, dringend benötigten Fachkräften“ weiterhin verbreitet werden.
(lsg)



**Griechenland: Wasserbarriere
gegen Illegale – Ungarn**

schießt gleich

Wie ein Akt der Verzweiflung wirkt, was Griechenland nun zur Abwehr illegaler Eindringlinge, die in Booten übers Mittelmeer kommen, plant. Schwimmende Barrieren, wie sie sonst genutzt werden, um zum Beispiel das Ausbreiten von Ölteppichen auf dem Wasser zu stoppen, sollen künftig Boote daran hindern auf griechisches Territorium und damit in die EU vorzudringen.

Die ca. eine halbe Million Euro teuren Barrieren und Netze sollen rund 2,7 km lang werden und Öffnungen für Touristenboote vorsehen. Die Installation soll einen halben Meter aus dem Wasser ragen und mit Lichtern Schiffe und Boote warnen. Zunächst soll die Barriere nur im Norden der Insel Lesbos errichtet werden. Infolge könnte man diese Maßnahme auch auf bis zu 15 km verlängern.

In Griechenland, besonders auf einstigen Urlaubsinseln, wie Samos und Lesbos leiden die Bewohner unter dem Ansturm der Eindringlinge. Die Touristen bleiben immer mehr aus, Gewalt gegen die Bevölkerung ist an der Tagesordnung. Erst vergangene Woche gingen auf den griechischen Inseln Kos, Lesbos, Samos, Leros und Chios Tausende Menschen auf die Straße, um gegen die Lager zu protestieren. „Wir wollen unsere Inseln zurück, wir wollen unser Leben zurück“, stand auf den Transparenten.

Laut Verteidigungsminister Nikos Panagiotopoulos handelt es sich bei der Wasserbarriere um einen Versuch. So klingt das auch: nach einem verzweifelten Versuch sich innerhalb der europäischen invasionsfördernden Politik und den entsprechenden Bestimmungen gegen den Ansturm zu wehren. Sinn macht es allerdings wenig, denn sobald die Boote die Sperre erreichen befinden sie sich bereits in griechischen Hoheitsgewässern, wo sie laut Seerecht „gerettet“ werden müssten. Die Blinklichter werden zusätzlich wie ein Leuchtturm den Schleppern den Weg weisen. Die ganze Idee wirkt wie ein verzweifelter Versuch die aufgebrachte Bevölkerung beruhigen.

In Ungarn geht man andere Wege. Als am Dienstagmorgen eine etwa 60 bis 70 Personen zählende Gruppe Illegaler versuchte die serbisch-ungarische Grenze am Übergang Röszke zu durchbrechen fackelten die Grenzschrützer nicht lange und gaben Warnschüsse ab. Nur vier Personen schafften es über die Grenze, aber auch diese wurden bald darauf festgenommen. Danach gab es medienwirksames Gejammer seitens der Eindringlinge, die Grenzer hätten sie geschlagen.

Die ungarischen Behörden bleiben unaufgeregt, ob der angeblichen Menschenrechtsverletzung und nennen den Vorgang schlicht und vollkommen richtig einen „gewalrtätigen Versuch, ins Land einzudringen“, der von „jungen, sichtbar organisierten Männern“ betrieben worden sei.

Sicher ist es an Land leichter eine Grenze zu schützen – so man dazu überhaupt willens ist – aber aktives Zurückdrängen der Eindringlinge wäre auch auf dem Wasser möglich. Australien macht es schon lange vor. (lsg)